

Antoine Chaix, SP, Einsiedeln

Der 59-jährige Hausarzt Antoine Chaix aus Einsiedeln sitzt seit dem Jahr 2016 für die SP im Schwyzer Kantonsrat. Nun will er für seine Partei den im Jahr 2015 verlorenen Sitz im Nationalrat zurückerobern.

Sie sind Kantonsrat und kandidieren nun für den Nationalrat. Was hat Sie zu diesem Schritt bewegt?

Während der nun über sieben Jahre im Kantonsrat habe ich Freude an der Politik bekommen. In gesundheitspolitischen Fragen, die zu meinem Kerngebiet gehören, konnte ich etwas bewegen. Mit Geduld und Beharrlichkeit lässt sich etwas erreichen. Dies will ich nun auf Bundesebene versuchen.

Was haben Sie als Kantonsrat bis anhin bewegt?

Die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes über die Regelung des ärztlichen Notfalldienstes beruht auf einem von mir lancierten Vor-



stoss. Ich konnte verschiedene Inputs in wichtigen Angelegenheiten geben wie die Errichtung einer Tagesstruktur im Kanton Schwyz für die Kinder- und Jugendpsychiatrie oder das kantonale Programm für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten für die Grundversorgung. Zuletzt sei die vor Kurzem vom Regierungsrat beschlossene Erhöhung der EL-Pensionstaxe für Altersheime im Kanton erwähnt, die auf eine

von Kantonsrätin Aurelia Imlig-Auf der Maur und mir eingereichten Motion zurückzuführen ist.

Wofür wollen Sie sich in Bern einsetzen?

Themen wären da der Mangel an ärztlichen Fachkräften in der Grundversorgung, der eng mit den ungenügenden Ausbildungsstellen in der Humanmedizin verbunden ist, die drohende Zweiklassenmedizin sowie die Phar-

mapreise und deren undurchsichtige Festlegung.

Was läuft schief in der Schweizer Gesundheitspolitik?

Die Diskussion wird viel zu fest auf die – tatsächlich sehr hohen – Gesundheitskosten reduziert. Vor lauter Angst vor einer Mengenausweitung und Überversorgung wurde die aktuell noch viel bedrohendere Unterversorgung gerade in der Grundversorgung völlig unterschätzt.

Kommt es nun zum grossen Spitalsterben in der Schweiz – auch in Einsiedeln?

Zum grossen Spitalsterben wird es weniger kommen als eher zu einer Fortsetzung des Trends, verschiedene Spitäler unter eine Führung zu setzen. Im Kanton Schwyz ist die Zukunft der drei Spitäler meines Erachtens weiterhin offen, obwohl die Politik es verpasst hat, zur gegebenen Zeit wichtige Impulse zu geben.

Fokussiert die Politik einseitig auf die Kosten unserer Gesundheitsversorgung?

Absolut. Hierbei geht eine viel problematischere ungenügen-

de Versorgungssicherheit vollends vergessen. Ganz wichtige Fragen sind aber nicht rein politisch, sondern gesellschaftlich: Wie weit soll die Medizin gerade im High-end-Sektor gehen? Wie ist unser Verhältnis zu Lebensqualität gegenüber Lebensqualität, zu Leben und Tod?

Die Krankenkassenprämien steigen erneut stark an: Wie wollen Sie das Problem lösen?

An sich ist die stattfindende Verschiebung von stationär zu ambulant richtig. Nur verschiebt sich damit auch die Finanzierung von mehrheitlich steuerlich bezahlten stationären Einrichtungen auf den vollumfänglich mit Kopfprämien bezahlten ambulanten Sektor: Es sollte somit dringend eine einheitliche, gerechtere Finanzierung erfolgen.

Sie sind während der Corona-Pandemie national bekannt geworden als Politiker und Mediziner, der auch Grautöne kennt. Hat sich unterdessen Ihr Blickwinkel auf das Virus und die Massnahmen verändert?

Über das Virus wissen wir natürlich medizinisch gesehen viel

mehr, auch über dessen teilweise sehr spezifische Komplikationen. Allerdings ändert das wenig an meiner Kritik, dass die meines Erachtens zu einseitig epidemiologisch begründeten Massnahmen viele wichtige biopsychosoziale Faktoren unseres Lebens zu wenig berücksichtigt haben. Auch fehlt mir eine gute Aufarbeitung der Pandemie.

Wie soll die Schweiz die Zuwanderung steuern?

Grundsätzlich gibt es einerseits die Zuwanderung von ausgebildeten Fachkräften, die angezogen werden durch unser wirtschaftlich florierendes Land. Dann gibt es die Migrationsproblematik aus humanitären, politischen, ökologischen oder wirtschaftlichen Gründen. Dagegen werden Mauern, Abschreckung oder restriktive Gesetze langfristig keine Lösung sein. Das enorme Nord-Süd-Gefälle muss auf irgendeine Weise verringert werden, was uns – wenn überhaupt – nur ganz langfristig gelingen könnte. Nicht indem wir bei uns das Niveau drastisch senken, sondern es anderswo anzuhängen versuchen.

Els Dockx, SP, Trachslau

Die 57-jährige biomedizinische Analytikerin Els Dockx setzt sich für eine bessere Gesundheitspolitik ein und tritt auf der Liste «Schwyzer Gesundheits- und Pflegepersonal» bei den Nationalratswahlen an.

Sie waren während vielen Jahren Präsidentin der Personalkommission im Spital Einsiedeln und kandidieren nun für den Nationalrat. Was hat Sie zu diesem Schritt bewegt?

Ich kandidiere, weil es wichtig ist, dass wir Mitarbeitenden bei der Finanzierung des Gesundheitswesens mitreden können. Es ist höchste Zeit, dass die Löhne des Gesundheitspersonals endlich auf das Niveau vergleichbarer Berufe angehoben werden.

Was haben Sie bis anhin als Präsidentin der Personalkommission bewegt?

Ich habe bei der Verfassung des Personalreglements im Spital

Einsiedeln geholfen, dass die Mitarbeitenden mitreden können und ihnen das Recht verschafft wird, sich einzugeben. Mit der Umsetzung des Gesamtarbeitsvertrags sind wir noch nicht ganz so weit. Aber wir bleiben dran! Ich trete als Präsidentin der Personalkommission im Spital Einsiedeln zurück, werde aber neu in der Kommission für die berufliche Vorsorge des Spitals Einsitz nehmen.

Begrüsst das Ameos Spital in Einsiedeln Ihre Kandidatur?

Im Gegensatz zu den Medienleuten ist bei uns die Mitgliedschaft in einer Partei oder in einer Gewerkschaft erlaubt. Meine Kandidatur bei den Nationalratswahlen ist ja auch im Sinne des Spitals: Dieses leidet ja auch unter den Sparmassnahmen im Gesundheitswesen.

Wofür wollen Sie sich in den nächsten vier Jahren in Bern einsetzen?

Ich kandidiere, weil ich durch meine aktive Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und meiner Ausbildung die Stimme des Ge-

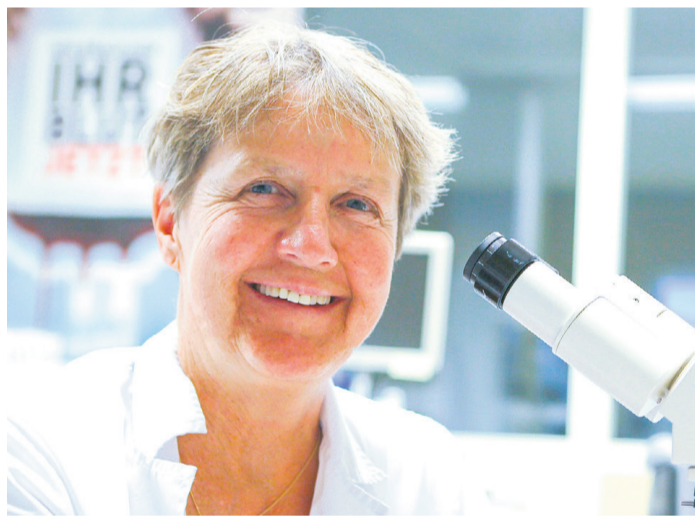
sundheitspersonals stärken und für ihre Anliegen eintreten kann. Wir haben keine Lobby in Bern.

Wie können die Arbeitsbedingungen und die Ausbildungssituation der Pflegefachpersonen verbessert werden?

Zuallererst braucht es mehr Personal: Just der Personalmangel sorgt für einen grossen Druck unter den Pflegeleuten. Es ist höchste Zeit, dass die Pflegeini-

tiative umgesetzt wird. Der Pflegebedarf in der Schweiz steigt. Aktuell bleiben aber immer mehr Stellen unbesetzt. Über vierzig Prozent der Pflegenden steigen frühzeitig aus dem Beruf aus, den sie eigentlich lieben, weil sie einfach nicht mehr können. Das ist unhaltbar und macht klar: Applaus reicht nicht!

Was läuft schief in der Schweizer Gesundheitspolitik?



Die Politik fokussiert einseitig auf die Kosten unserer Gesundheitsversorgung. Die Gesundheit ist ein zu grosses Gut, auf dass man es alleine dem Markt überlassen könnte. Die Einführung der Fallpauschale hat zu unerwünschten Folgen geführt und die ganze Spitalmisere eher noch verschlimmert. Auf der anderen Seite müsste man endlich vorwärts machen mit der Einführung des elektronischen Patientendossiers in der Schweiz.

Kommt es nun zum grossen Spitalsterben in der Schweiz – auch in Einsiedeln?

Das hoffe ich natürlich nicht, auch wenn es kritisch aussieht für kleinere Akutspitäler in unserem Land. Wenn sich die Situation nicht grundlegend verbessert mit der Finanzierung der Spitäler, verdüstern sich die Perspektiven zusehends. Unterdessen haben auch die grösseren Häuser Mühe mit den Finanzen.

Die Krankenkassenprämien steigen erneut stark an: Wer ist schuld und wie wollen Sie das Problem lösen?

Das ist ein hochkomplexes Thema. Das beginnt damit, dass die Krankenkassen unterschiedlich zahlen, je nachdem, ob es sich um einen ambulanten oder einen stationären Eingriff handelt. Womöglich wäre die Einführung einer Einheitskrankenkasse hilfreich, um Kosten zu sparen. Was ist der Sinn davon, dass es so viele Krankenkassen gibt? Bundesrat Alain Berset will Kosten sparen, indem er zum Beispiel die Preise für Leistungen, die ein Spital erbringt, senkt. Gleichzeitig steigen die Preise für Reagenzien und Chemikalien der Zulieferfirmen, die ein Spital zu berappen hat. Da geht die Rechnung für die Spitäler nie und nimmer auf. Auch die geplante Tarifrückung in der Physiotherapie ist ein No-go! Was ebenfalls nicht geht, wäre die Abschaffung der obligatorischen Krankenversicherung angesichts der überbordenden Krankenkassenprämien. Das ginge vollends zu Lasten der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Es ist schlicht ein Menschenrecht, dass alle einen bezahlbaren Zugang zum Gesundheitssystem haben.

Bran Picozzi, JUSO, Gross

Der 19-jährige Schüler Bran Picozzi aus Gross ist Mitglied der Jungsozialisten Schwyz. Nun will er den Sprung nach Bern wagen und auf der JUSO-Liste in den Nationalrat gewählt werden.

Sie sind Lokalpolitiker in Einsiedeln und kandidieren nun für den Nationalrat. Was hat Sie zu diesem Schritt bewegt?

Das stimmt nicht ganz: Ich bin in der JUSO aktiv, die kantonale organisiert ist. Wir als Jungpartei wollten ein politisches Zeichen setzen, um zu zeigen, dass auch Junge politisch aktiv sind. Zudem ist es für mich eine interessante und lehrreiche Erfahrung.

Wie sind Sie in der Politik gelandet und was fasziniert Sie an der Politik?

Mich fasziniert insbesondere die Möglichkeit, an der Entschei-

dungsfindung national, kantonale und lokal mitgestalten zu können. Mir ist es wichtig, meine Überzeugungen einzubringen. Dazu ist es mir ein Anliegen, dass auch junge Stimmen gehört und berücksichtigt werden. Dies ist wichtig aufgrund der vielen Krisen, die unser Land bedrohen und unsere Zukunft stark beeinflussen werden.

Was haben Sie bis anhin in Einsiedeln und im Kanton Schwyz als JUSO-Politiker bewegt?

Ich war bisher grösstenteils damit beschäftigt mitzuhelfen, die JUSO Schwyz wieder neu aufzubauen. Und dabei haben wir den Kontakt mit der SP Schwyz gefestigt. Zudem half ich beim Unterschriftensammeln für verschiedene Initiativen.

Wofür wollen Sie sich in den nächsten vier Jahren in Bern einsetzen?

Mein zentrales Anliegen lässt sich mit sozialer Chancengleichheit zusammenfassen, unabhängig von Geschlecht und Einkommen. Für

mich als Teil der jungen Generation sind Fragen und Massnahmen rund um den Klimawandel auch sehr wichtig. Beides führt zu Fragestellung bezüglich Wachstumsgedanken in der Wirtschaft.

Allerorten nimmt die Politikverdrossenheit überhand. Wie kann das Interesse für die Politik bei der Bevölkerung geweckt werden?

Ja, darum habe ich mich entschieden, zu kandidieren, damit auch junge Menschen sich vertreten fühlen. Ich habe gemerkt, dass, indem ich politisiere, andere Junge dazu animiert werden, sich ebenfalls mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Dies auch, wenn sie teilweise anderer Meinung sind. Aber gerade das ist gelebte Demokratie.

Die Krankenkassenprämien steigen erneut stark an: Wer ist schuld und wie wollen Sie das Problem lösen?

Zunächst muss man sagen, dass in den letzten Jahren verschiedene gute Vorschläge leider nicht

verwirklicht werden konnten. Ein wichtiger Schritt scheint mir die kantonale Kaufkraft-Initiative zu sein, bei der es darum geht, dass der Kanton Schwyz tiefe und mittlere Einkommen bei Prämienverbilligungen gleich stark unterstützt wie andere Kantone: Die Initiative fordert, dass auch der Mittelstand von verbilligten Krankenkassenprämien profitieren kann. Wohnen, Heizen, Essen, Krankenkasse – alles wird teurer. Auch viele Mittelstands-Haushalte sind Ende Monat knapp bei Kasse.

Wie soll eine Klimapolitik in der Schweiz idealerweise gestaltet werden, auf dass den Generationen nach uns keine Sintflut droht?

Zentral in der Klimapolitik scheint mir die Energiefrage zu sein. Wir sollten unbedingt vermehrt auf erneuerbare Energie setzen und einfaches Einsparpotenzial nutzen. Die Devise sollte sein: Dekarbonisierung. Die Schweiz sollte idealerweise eine Vorbildfunktion haben. Zudem

steht uns allen nur eine Welt zur Verfügung, die wir als Menschen nicht allein bewohnen.

Wie könnte eine vernünftige und realistische Energiepolitik aussehen?

Der Wandel zu erneuerbaren Energien kann nur stufenweise gelingen. Jedoch sollte dabei das Tempo beschleunigt werden, und man sollte für alle Innovationen offen sein. Zudem soll-

ten wir unseren Energiekonsum überdenken.

Wie soll zukünftig die Zuwanderung in der Schweiz gesteuert werden?

Wir haben einen massiven Fachkräftemangel in fast allen beruflichen Sektoren. Warum soll man die Zuwanderung bedingungslos senken? Zudem ist Diversität eine Bereicherung für die Schweiz.

